

Warum die öffentliche Finanzlage kein Hindernis für gute Löhne und Investitionen ist

Arbeitgeber bei Bund und Kommunen argumentieren, dass die öffentlichen Kassen leer seien. Deutliche Lohnerhöhungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst seien deshalb nicht finanzierbar. Diese sollten sich mit weniger zufriedengeben und sich auch bei der Forderung nach besseren Arbeits(zeit)bedingungen zurückhalten.

Für derlei Bescheidenheit gibt es allerdings keinen Grund. Wer so argumentiert, verkennt die wirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Hand. Öffentliche Institutionen sind keine Privatunternehmen. Sie haben eine andere Rolle. Ein Privatunternehmen muss regelmäßig Einnahmen erzielen, die höher sind als die eigenen Ausgaben. Für die öffentliche Hand gilt das nicht. Ihre wirtschaftliche Funktion ist eine andere: Sie muss die wirtschaftliche Entwicklung fördern. Das geschieht insbesondere auch durch öffentliche Investitionen und die Gehaltszahlungen im öffentlichen Dienst, der unverzichtbare Leistungen für Wirtschaft und Gesellschaft erbringt. Zugleich hängen umgekehrt die öffentlichen Einnahmen von einer guten wirtschaftlichen Entwicklung ab.

Dass der Konjunkturmotor derzeit ins Stocken geraten ist und die Steuereinnahmen langsamer steigen als in früheren Vorhersagen, ist daher keineswegs Grund für eine öffentliche Ausgabenbremse. Ganz im Gegenteil sollten die öffentlichen Institutionen ihre Ausga-

ben gezielt ausweiten. Das reduziert die Unsicherheit bei Unternehmen und Privathaushalten, stärkt kurzfristig die Binnennachfrage und sorgt mittelfristig für gute Infrastrukturen.

Das kostet Geld – das gleichwohl gut in unser aller Zukunft investiert ist. Geld kann sich die öffentliche Hand auf verschiedene Weisen besorgen. Gerade hohe Einkommen, Gewinne und Vermögen wurden seit Beginn des Jahrtausends steuerlich entlastet. So bestehen bei der Besteuerung von Vermögen (durch eine wieder erhobene und reformierte Vermögensteuer, aber auch eine gerechtere Erbschafts- und Schenkungssteuer) große Spielräume zur Verbesserung der öffentlichen Einnahmesituation. Wir brauchen aber auch wieder eine höhere Besteuerung hoher Einkommen und



der Gewinne finanzstarker Unternehmen. Wir dürfen die öffentlichen Haushalte und unser Gemeinwesen nicht länger kaputtsparen.

Wenn der Konjunkturmotor nicht rundläuft, empfiehlt es sich zudem, die notwendigen öffentlichen Mehrausgaben durch Kredite zu finanzieren. Die Verschuldung des deutschen Staates im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung ist im internationalen Vergleich sehr gering, ökonomisch gibt es große Spielräume für mehr Kredite. Dass Bund und Länder sich hierbei mit der Schuldenbremse selbst Fesseln angelegt haben, ist misslich und ein historischer Fehler. Das ändert jedoch nichts daran, dass eine höhere öffentliche Kreditaufnahme in der derzeitigen Lage sinnvoll bzw. notwendig ist, um für Wachstumsimpulse zu sorgen. Dafür müssen alle Möglichkeiten im Rahmen der Schuldenbremse genutzt werden; zudem sollte diese möglichst weitgehend reformiert oder abgeschafft werden.

Für die Kommunen gilt überdies, dass sie seit Jahren und Jahrzehnten Kosten aus der Umsetzung von Entscheidungen des Bundes und der Länder übernehmen. Damit muss Schluss sein: Bund und alle Länder müssen endlich vollumfänglich alle kommunalen Mehrkosten übernehmen, die aus ihren politischen Beschlüssen resultieren.

Die öffentliche Finanzlage ist also kein Naturgesetz. Politik kann sie durch entsprechende politische Entscheidungen verbessern. Gelingt es hingegen nicht, die Konjunktur durch höhere öffentliche Ausgaben wieder in Schwung zu bringen, so droht das Gegenteil: Läuft die Wirtschaft nicht rund, so bleiben die Steuereinnahmen noch weiter zurück, und die Staatsverschuldung steigt weiter an. Die kommunale und staatliche Finanzmisere verschärft sich dann noch mehr.

Beitrittserklärung
Änderungsmitteilung

Vertragsdaten

Mitgliedsnummer

ver.di

Titel Vorname

Name

Straße Hausnummer

Land/PLZ Wohnort

Telefon

E-Mail

Ich möchte Mitglied werden ab

0 1 2 0

Geburtsdatum

Geschlecht weiblich männlich divers

Beschäftigungsdaten

Angestellte*r Beamt*innen erwerbslos
 Arbeiter*in Selbstständige*r

Vollzeit Teilzeit Anzahl Wochenstunden:

Auszubildende*r/Volontär*in/Referendar*in Praktikant*in
 Schüler*in/Student*in (ohne Arbeitseinkommen)
 Dual Studierende*r Sonstiges

bis

Branche

ausgeübte Tätigkeit

monatlicher Bruttoverdienst €

Lohn-/ Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe

Tätigkeits-/Berufsjahre o. Lebensaltersstufe

Ich wurde geworben durch:

Name Werber*in

Mitgliedsnummer

Ich bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Straße Hausnummer

PLZ Beschäftigungsort

Monatsbeitrag

€

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mindestens 2,50 Euro. Er wird monatlich zum Monatsende fällig.

Datenschutzhinweise

Ihre personenbezogenen Daten werden von der Gewerkschaft ver.di gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) für die Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit Ihrer gesonderten Einwilligung. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter <https://datenschutz.verdi.de>.

SEPA-Lastschriftmandat

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE61ZZZ00000101497
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.
Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen.

Titel/Vorname/ Name Kontoinhaber*in (nur wenn abweichend)

Straße und Hausnummer

PLZ/Ort

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu ver.di / zeige Änderungen meiner Daten an¹⁾ und nehme die **Datenschutzhinweise** zur Kenntnis.

IBAN

Deutsche IBAN (22 Zeichen)

Ort, Datum und Unterschrift

Ort, Datum und Unterschrift

¹⁾ nichtzutreffendes bitte streichen